

Correspondent

Ercheint
Montag, Donnerstag
Sonnabend
jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 27. Juni 1896.

№ 73.

Achtung! Bestellungen auf das III. Quartal des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Bekanntmachung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung (Stellungnahme zu dem neugeschaffenen Tarif) ist folgender Antrag eingegangen:

„Die jetzige Tarifgemeinschaft fällt selbstverständlich, und wenn eine neue vereinbart wird, so soll sie nur von Organisation zu Organisation stattfinden und zwar derartig, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein als Mitkontrahent mit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker unterhandelt und die Beschlüsse nicht durch Vermittelung anderer Behörden als die oben bezeichneten einzuführen sind. Es soll, ganz abgesehen davon, welche Form von Tarifgemeinschaft hergestellt wird, nach der Generalversammlung eine Urabstimmung hierüber vorgenommen werden.“

Düsseldorf.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung (Etwas weitere Anträge) sind noch folgende Anträge eingegangen:

3. Zu § 1, Abs. b ist zu streichen und in folgender Fassung zu erneuern: „b) strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der vom Verbands als maßgebend anerkannten Bestimmungen in Bezug auf Arbeitsbreite und Arbeitszeit.“

Erfurt, Hamburg.

4. Zu § 1, Abs. 3 des Statuts: „Die Gaueninteilung ist aufzuheben.“

Brandenburg.

5. Zu § 18 Abs. 3: „In allen wichtigen Fragen ist Urabstimmung vorzunehmen.“

Brandenburg.

6. Dem § 32 ist als neuer Absatz anzufügen: „Die Durchführung der gefassten Beschlüsse geschieht nach erfolgter Urabstimmung unter den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.“

Hamburg.

7. Nachstehender Abschnitt ist dem Statut entweder unter der Rubrik „Die Mitglieder des Verbandes“ oder als neuer Abschnitt nach § 33 oder an sonst geeigneter Stelle einzufügen:

Urabstimmung.

Zur Entscheidung über wichtige das Vereinsleben berührende Fragen, soweit für die Erzielung derselben nicht die Generalversammlung ausdrücklich vorgesehen ist, steht den Mitgliedern das Recht der direkten Abstimmung (Urabstimmung) zu.

Eine solche Abstimmung muß vom Vorstande veranlaßt werden, falls dieselbe von mindestens einem Fünftel beantragt wird, und zwar spätestens sechs Wochen nach erfolgter Beantragung.

Die gestellten Anträge nebst event. Begründung müssen vom Vorstande schleunigst im Verbandsorgan publiziert werden.

Die Abstimmung erfolgt durch Ausfüllung eines vom Vorstande zu veranlassenden Fragezettels.

Auf der Liste befindliche Mitglieder können in der Mitgliedschaft, wo sie sich gerade befinden, an der Urabstimmung teilnehmen. Jedoch ist denselben ein diesbezüglicher Vermerk ins Mitgliedsbuch einzutragen.“

Erfurt.

8. Die außerordentliche Generalversammlung wolle beschließen, daß Beschwerden von Mitgliedern, die bei einer Generalversammlung zur Behandlung kommen sollen, nicht als letzter Gegenstand, sondern zu Anfang oder in der Mitte der Tagesordnung aufgestellt und beraten werden.

Bittau.

9. Die außerordentliche Generalversammlung wolle beschließen, die Diäten der Delegierten auf 8 Mk. festzusetzen.

Erfurt, Bittau.

10. Die Generalversammlung wolle beschließen, die Beschlüsse der Vertreter der deutschen Buchdrucker-Gesellschaften mit den Vertretern des deutschen Buchdrucker-Vereins einer Urabstimmung unter den Gesellsen zu unterwerfen.

Lüneburg.

11. Die Generalversammlung wolle der Frage näher treten, ob nicht betreffs der Beihilfe zu den Umzugskosten eine bestimmte Unterstützungsstala dem Verbandsvorstande zur Berücksichtigung empfohlen werden kann.

Neu-Ruppin.

12. In Bezug auf die Umzugskosten werden die Statuten des Verbandes der Deutschen Buchdrucker dahin abgeändert, daß die außerordentliche Generalversammlung beschließt: Umzugskosten werden entschädigt bei einer Mitgliedschaftsdauer bis zu 5 Jahren und bis zu einer Entfernung von 100 km 20 Mk., bis zu 10 Jahren und 300 km 30 Mk., jede längere Mitgliedschaft und weitere Entfernung 40 Mk.

Dortmund.

13. Als neuer Paragraph ist entsprechend im Statut zu plazieren: „Ueber wichtige organisatorische oder tarifliche Fragen ist Urabstimmung unter den Mitgliedern durch den Vorstand zu veranlassen. Dieselbe muß vorgenommen werden, wenn die Mehrheit der Geworbenen oder die Mehrheit der Mitglieder dreier Gauen es beantragen.“

Mannheim.

14. Nach § 2 Abs. 4 des Statuts ist einzufügen: „Alle sich zur Ausnahme Melbenden sind im Corr. zu veröffentlichen.“

Mannheim.

15. Das Protokoll ist in der Ausarbeitung zu beschleunigen und durch Rotationsdruck (ungeachtet des Formates) vervielfältigen zu lassen.

Mannheim.

Wohin treiben wir?

In langen und mühseligen Beratungen haben unsere Gehilfenvertreter mit den Prinzipalen eine vorläufige Einigung über den in Zukunft beiderseitig einzuhaltenden Lohnzins zu Stande gebracht: manche Gegenstände galt es zu überbrücken, manche von Prinzipalsseite gestellte Zustimmung energisch zurückzuweisen, und ist auch nicht gesagt, daß für lange Zeit hinaus maßgebende Tarifzustände geschaffen sind, so haben doch die Verhandlungen, selbst, wenn auch vieles nicht unsern Beifall gefunden hat, wenigstens den Erfolg gehabt, daß in unserm Gewerbe leidliche Verhältnisse, ein Zustand ruhiger Fortentwicklung zu weiterer Verbesserung geschaffen wurde. Nicht zum geringsten gebührt hierfür unseren Gehilfenvertretern Dank, die maßvoll aber entschlossen auf ihren Forderungen bestanden und auf diese Weise das erreichten, was nach Lage der Dinge jetzt überhaupt zu erreichen möglich war. Auf einen Schritt fällt kein Baum, und die Hoffnung, daß mit den verflochtenen Tarifberatungen gleich alle Forderungen und Wünsche in Erfüllung gehen werden, wird kein ruhig und vernünftig denkender Kollege gehabt haben. Auch unserm wackern Zentralvorstand ist die ihm gebührende Anerkennung zu zollen, der, seiner Aufgabe sich voll und ganz bewußt, nicht nach rechts und nicht nach links schaute, stets das feste Ziel im Auge behielt, die Achtung vor: unserm Verbands gewahrt zu sehen, und nicht in einseitigem Realitätsmus auf unerfüllbare Utopien loszusetzen.

Und trotzdem fragt sich heute mancher Kollege mit Bangen: was soll, was wird aus dem Verbands werden, wenn die alles vernehmenden, jeder friedlichen Abmachung mit den Arbeitgebern sich feindlich gegenüberstellenden, jede dahin zielende eifrige Bestrebungen unserer berufenen Führer und diese selbst in den Staub ziehenden, mit Verrat und Reaktion nur so um sich werfenden Anhänger des Herrn Gask, die Stürmer und Dränger, zur Herrschaft gelangen? Die wahren, eigentlichen Ziele jener Schaar werden der großen Masse der Kollegenschaft begrifflichsweise noch verborgen gehalten; Tarifgemeinschaft, Tarifzins usw. sind gegenwärtig nur der Popanz, oder besser gesagt die Leitlinien, mittels welchen die Verbandskollegen aus dem bisher festen, sichern Hort in das rabulale Lager gelockt werden sollen. Wenn meine Ahnung mich nicht täuscht, so sind jene Herren dran und dran, die beste deutsche gewerkschaftliche Organisation, unsern Buchdruckerverband, zum Versuchsojekt einseitiger Parteibestrebungen zu machen, sie der politischen Arbeiterpartei auszuliefern, sich von ihr bevormunden und bis in die kleinsten Einzelheiten vorschreiben zu lassen, was sie zu thun und zu lassen hat. Kollegen, ich sehe durchaus keine Perspektiven, denn was bedeuten alle die verbedeten Hinweise unser bezettigter Corr.-Redakteurs: „Systemwechsel, Neuorganisation des Verbandes auf breiterer demokratischer Grundlage“ usw., doch nichts weiter als ein Spielchen mit dem Feuer, das den Untergang des Verbandes zur unmittelbaren Folge haben muß?

Das eine weiß man ja längst, daß jenen Reformhelden unsere Unterstützungsklassen ein Greuel sind und diese Leute würden, einmal zur Macht gelangt, nicht das geringste Bedenken tragen, alle jene segensreichen Einrichtungen des Verbandes letztlich über Bord zu werfen und eine Organisation schaffen, in welcher für Friede und Ordnung im Gewerbe kein Raum, die nur kämpft und den Prinzipalen ihre Lohnbedingungen zu diktieren willens ist. Aber Wollen und Vollbringen ist bekanntlich zweierlei und die Mitglieder eines solchen Verbandes wären herzlich zu bedauern: fort und fort aus einer Aufregung in die andre gestürzt, würde es ihnen nur selten gelingen, eine Existenz zu gründen und verhereteten Kollegen zumal würde ein derartiger Kampfverein zum Fluch statt zum Segen, während in anderer Beziehung, auf dem Gebiete der Eringung besserer Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, die Erfolge gleich Null und das Gewerbe selbst durch die fortwährenden Beunruhigungen im Niedergange begriffen sein würde.

Bisher fanden sich im Verbands Mitglieder jedes Glaubens und jeder politischen Partei friedlich zusammen, kein Wort über Politik triebte jemals die Diskussion in unseren Versammlungen; man besand sich denn auch wohl dabei und der Verband wurde dadurch groß und mächtig. Auch das würde aber sofort anders werden, Kollegen, sobald die Partei Gask die Oberhand gewinnt und das sollt und müßt ihr jetzt durch eure zur Generalversammlung zu entsendenden Delegierten verhindern. Das politische Glaubensbekenntnis würde der Prästien eurer künftigen Vertretung sein. Der Gewerksverein an sich würde zu einer Farce herabsinken und seine Thätigkeit sich streng den jeweiligen Intentionen der politischen Partei anpassen.

Was es damit auf sich hat, davon haben die Kollegen von Halle a. S. bereits einen recht bitteren Vorgeschmack bekommen. Es sei an dieser Stelle nur an den Streit in der hiesigen Volksblatt-Druckerei erinnert, hervorgerufen wegen Nichtzahlung des 1. Mat, welche Summe, nebenbei bemerkt, die dort beschäftigten Kollegen ohnehin sofort der Parteilasse überweisen hätten. Eine allgemeine sozialdemokratische Volksversammlung sah über die Buchdrucker zu Gericht. Gleich von vornherein schloß man in einem von der Versammlung angenommenen Antrage die Erörterung über die Berechtigung unserer Forderung von der Diskussion aus — und nun standen die Buchdrucker wehrlos da. Hagelbald flogen die Beleidigungen uns an den Kopf, ja man scheute sich nicht, das Ansehen und die Befreiungen des Buchdruckerverbandes in der gemelsten Weise herabzusetzen — in einem Fall also, wo die Kollegen ihr gewerkschaftliches Prinzip verfolgten, das im Lohnzins klar und deutlich ihnen verlebene Recht in Anspruch nahmen.

Und wie verhält sich der Corr. bezgl. seine Redaktion zu der Sache? Sie verflümmelte den Bericht über diese Versammlung in einer Weise, daß nichts mehr davon übrig blieb als einige harmlose Bemerkungen über das Gesehene — man wollte oder durfte ja belleibe nicht bei der Partei aneden, keinen Anlaß geben, das augenblicklich gnädige Rädeln der letztern zu verschärfen. Die Erbitterung über das nicht hart genug zu beurteilende Verhalten des Corr., wo es galt, auch dieser Partei gegenüber unsere Rechte energisch zu wahren, ist denn auch in hiesigen Kollegentreisen keine geringe. Aber so wird's gemacht und so, wenn nicht noch schlimmer, wird's auch in Zukunft geschehen, falls der Verband bezgl. seine Generalversammlung keine gründliche Rastur vornimmt und die falschen Propheten zum Teufel jagt. (Daß der Einstender der Partei gern ordentlich eins ausgenischt gesehen hätte, das glauben wir; der Streit war aber beigelegt und da ist es gewöhnlich Brauch — so wollte es stets die Leitung —, was darüber wachsen zu lassen. Red.)

Unerhört aber — und das kennzeichnet die Unverschämtheit verblissener Menschen, die da glauben, in der von ihnen geschaffenen künstlichen Erregung der Gemüter sich alles erlauben zu dürfen, ganz besonders ist das Begehren, die Delegierten zur Generalversammlung von vornherein mit gebundenem Mandat auszuwählen, ihnen Fesseln anzulegen, kurz, sie wider bessere insolge eingehender Untersuchungen der strittigen Punkte gewonnene Ueberzeugung abstimmen zu lassen. Ist das viel-

letzt ein Präbchen der zukünftigen Gestaltung des Verbandes auf demokratischer Grundlage? Fast scheint es, als ob man die freie Abstimmung von jener Seite zu fürchten Ursache hat. Hätte, Kollegen, eine solche Generalversammlung überhaupt noch einen praktischen Wert? Alles Reden, alle Beweise, schriftliche wie mündliche, wären überflüssig und die großen Kosten zum Fenster hinausgeworfen. Eine Postkarte für 5 Pf., von dem betr. Delegierten zur Abstimmung benutzt, würde meines Erachtens in diesem Falle vollständig genügen. Nein, daraus wird wohl nichts werden, ihr guten Leuten! In dieser Hoffnung werde ich gewiß von meinen Kollegen nicht getäuscht werden.

Und dann der weiter geäußerte fromme Wunsch, die Gauvorsteher (warum nicht gleich alle Verbandsfunktionäre?) von der Wahl auszuschließen! Ist das nicht geradezu eine Vergewaltigung einzelner, und zwar unserer bravsten, tüchtigsten Mitglieder? Und warum? Die Antwort ist nicht schwer: weil sie das Herz auf dem rechten Fleck, weil sie, auf dem Boden der nackten Tatsachen stehend und mit den Verhältnissen in ihren Gauen aufs innigste vertraut, klar erkannt haben, daß die Verwirklichung der Pläne des Herrn Gschä und seiner Anhänger unsere große und herrliche Organisation zu Grunde richten muß. Kollegen, haltet die Augen offen! Hoch die Einigkeit! Hoch der Verband!

Halle a. S.

G.

Zur Tarisbewegung.

Die ganze jetzige Bewegung hat gelehrt, daß wir uns auf einer schiefen Ebene befinden. Schon die „Erfolge“ in Leipzig sind geeignet, den Verband zu zersplittern, weil drei Klassen von Mitgliedern geschaffen und hierdurch die Hauptprinzipien des Verbandes: Solidarität und Gleichberechtigung, beseitigt wurden. Die Mitglieder zweiter und dritter Klasse werden sich bedanken, bei ungleichen Rechten die gleichen Pflichten zu erfüllen. Noch bedenkllicher sind die Berliner Beschlüsse, diese samojte Tarisgemeinschaft. Es ist unbegreiflich wie unsere Vertreter für so etwas eintreten können. Es ist uns hierdurch die Bewegungsfreiheit gänzlich genommen, die besten Geschäftsjahren kommen und wir müssen untätig zusehen, wie unsere Prinzipale diese lediglich in ihrem Interesse ausnützen. Unter solchen Umständen hat der Verband keinen Zweck mehr, er ist dann bloß noch eine Versicherungsgesellschaft, deren Zweck die Erhaltung der Reservearmer ist. Was jahrelange Anfeindungen der Prinzipale nicht vermochten, den Verband zu zersplittern, das hätten unsere Vertreter durch Annahme dieser Abmachungen beinahe fertig gebracht, wenn die Disziplin dies nicht verhindert hätte.

Es ist empörend, wenn man bedenkt, daß dieser Tarif gegen den Willen der Mehrheit der Gehilfen zu stande gekommen ist, daß die Vertreter über die Proteste der Gehilfenschaft einfach mit Nichtachtung zur Tagesordnung übergingen. Darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß, wenn die Gehilfen wirkliche Vorteile von den Abmachungen hätten, die Prinzipale sich hüten würden, die Abmachungen auf 5 Jahre festzusetzen. Diese Abmachungen sind eine Schmach für die Gehilfenschaft, eine Ironie.

Aus den Protokollen ist zu ersehen, wie schief unsere Vertreter von den Prinzipalen behandelt worden sind, sie wurden nur als geduldeten Gäste angesehen, und daß sie auf Befehl der Prinzipale dem Redakteur des Corr. Tadel aussprechen, das setzt allem die Krone auf. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß unsere Vertreter und der Vorstand nicht mehr mit der Zeit fortgeschritten sind, daß sie nichts gelernt, wohl aber alles vergessen haben, ihre ganze Tendenz führt zur Harmoniebulle, zur Hirsch-Dunderei. Daß von den 22 Gauvorstehern einer wie der andere die gleiche Gefinnung hat, ist mindestens eigen-tümlich und gibt zu denken.

In der bekannten Broschüre ist attennmäßig Nargelegt, welche Absichten die Prinzipale haben. Es ist ja auch natürlich, daß deren größtes Interesse darin besteht, den Verband zu vernichten; sämtliche Arbeiterorganisationen sind der Reaktion ein Dorn im Auge, gleichviel ob die Mitglieder konservativ oder sozialdemokratisch gesinnt, es wird jede Gelegenheit benutzt werden, die Macht der Arbeiter zu brechen. Wenn nach dem Lesen dieses erdrückenden Materials nicht die Augen aufgehen, dem ist überhaupt nicht mehr zu helfen. Wir sind dem Kollegen Gschä zu Danke verpflichtet, daß er uns klaren Wein eingeschenkt hat. Freuen wir uns, daß wir noch Kollegen haben, welche die Wahrheit auszusprechen wagen, die Interessen der Gehilfenschaft vertreten. Dies wäre auch Pflicht des Vorstandes und der Vertreter gewesen, denn der Wille der Gesamtheit ist das oberste Gesetz. Taktische Rücksichten kommen hier nicht mehr in Frage, denn die Existenz des Verbandes und des Koalitionsrechtes stehen auf dem Spiele. Nicht Kollege Gschä hat die Zersplitterung herbeigeführt, sondern die Vertreter durch ihr dem Willen der Gesamtheit nicht entsprechendes Vorgehen. Es handelt sich in Wirklichkeit nicht um persönliche Differenzen, sondern um eine prinzipielle Abstimmung: für oder gegen die Tarisgemeinschaft, für oder gegen die moderne Arbeiterbewegung.

Daß die Gauvorsteher persönlich gegen Tarisgemeinschaft sind und trotzdem mit dem Hauptvorstande gehen, dient nur als Beweis, daß sie ihre persönliche Ueberzeugung opfern aus „taktischen“ Gründen. Das ist bezeichnend und im höchsten Grade bedenklich.

Wer sich aus „taktischen“ oder anderen Gründen auf die Besprechungen der Prinzipale verläßt, der ist verlassend. Es gibt keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, es kann keine geben, weil es vernunft- und naturwidrig ist! Darum fort mit der Tarisgemeinschaft! Wie sagt Kaffalle: Das Werk der Befreiung der Arbeiter ist das Werk der Arbeiter selbst.

Korrespondenzen.

Baunzen, 21. Juni. Die gestern abgehaltene Versammlung der Mitgliedschaft Baunzen beschloß folgende Resolution mit 24 gegen 1 Stimme: „Die heute, am 20. Juni, stattgefundene Versammlung der Mitgliedschaft Baunzen bringt dem Zentralvorstand ihr vollstes Vertrauen entgegen und erklärt sich mit der Resolution der Gauvorsteher einverstanden, inabell hingegen das brutal-hinterlistige und anmaßende Verhalten des Corr.-Redakteurs aufs schärfste und erwartet von der demnächst stattfindenden Generalversammlung eine allseitig befriedigende Lösung. Herr Gschä wird außerdem aufgefordert, sein Amt als Gehilfenvertreter niederzulegen.“ — Sobald sie die Versammlung die bereits genannten Kandidaten zur Generalversammlung auf. (Wir hängen auch dieses Pamphlet tiefer. Neb.)

-G. Bayerth. (Zur Vertrauensmänner-Konferenz im Gau Bayern.) Ein zweimaliges, aufmerksames Durchgehen unferes soeben ausgegebenen Gaureglement sollte mit Aufschluß geben, auf Grund welcher statutarischen Bestimmungen der Gauvorstand sich berechtigt hielt, eine Vertrauensmänner-Konferenz einzuberufen. Leider suchte ich vergebens. Diese Frage selbst zu ventilieren, will ich hier unterlassen, einestheils deshalb, weil es doch zwecklos wäre, andernteils aber auch deshalb, um den Raum unferes Gewerkschaftsorgans nicht unnötig in Anspruch zu nehmen. Die Frage möchte ich aber aufwerfen: War eine derartige Konferenz überhaupt notwendig? Das, was bei dieser Konferenz „verhandelt“ wurde, hätte doch wohl ebensogut durch ein einfaches Zirkular erledigt werden können. Handelte es sich doch lediglich darum: „Stimmung“ bei den Vertrauensmännern zu machen für unfern Zentralvorstand. Wozu denn einer solchen Wichtigkeit wegen der Gausätze eine derartige Ausgabe aufbürden? Diejenigen Vertrauensmänner, die sich ein eigenes Urteil in der Streitfrage Döblin gegen Gschä gebildet haben, bedürften einer „Umstimmung“ nicht und der andre Teil hätte sich auf billigere Art auch ins Schlepptau nehmen lassen. Wenn man bedenkt, wie schlecht die Arbeitsverhältnisse im Gau Bayern zum Teile noch sind (hat man doch noch vielerorts eine 10 $\frac{1}{2}$ und 11 stündige Arbeitszeit und dies nicht etwa in den kleinsten Druckorten), so liegt doch wohl die Annahme sehr nahe, daß die für diese Vertrauensmänner-Konferenz vorausgesetzte Summe weit besser hätte verwendet werden können. Unferm Gauvorstande möchte ich lieber anraten, einmal sich genaue Auskunft zu verschaffen über die Verhältnisse im Gau und mit den Vertrauensmännern dann zu beraten, wie diesen schlechten Verhältnissen mit Erfolg begegnet werden kann.

Braunschweig, 23. Juni. Die Veröffentlichung meines Namens unter den Kandidaten, welche gegen die Tarisgemeinschaft sind, in der Beilage zu Nr. 70 des Corr. veranlaßt mich zu der Erklärung, daß ich in der Bezirksversammlung am 14. Juni etwa folgendes ausführte: Meiner persönlichen Ueberzeugung nach werde es durch die wirtschaftliche Entwicklung immer schwieriger, daß die Gehilfenvertreter bei Tarifverhandlungen von den Prinzipalen nennenswerte Aufbesserungen erlangen könnten. Es sei deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, dahin zu wirken, daß alle Mitglieder unferer Organisation soweit geschildert würden, sich nötigenfalls auch einen Tarif zu erkämpfen. Da dieses aber noch nicht in dem nötigen Maße der Fall, seien durch eine Tarisgemeinschaft heute noch für die Gehilfenschaft eher Vorteile zu erzielen. Die Berliner Abmachungen seien in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar, doch hätte ich die Hoffnung, daß diese sich so gestalten ließen, daß sie für die Gesamtkollegen-schaft annehmbar würden. — Die Kollegen im Gau Hannover, welche wünschen, daß ich unter den heutigen Verhältnissen gegen eine Tarisgemeinschaft stimmen soll, möchte ich bitten, mir ihre Stimmen bei der stattfindenden Delegiertenwahl zur Generalversammlung nicht zu geben.

Burgkät, 23. Juni. Bei der Besprechung über die gegenwärtige Bewegung ist als letzter Redner meine Person angeführt. Durch plötzlichen Schluß der Rednerliste konnte ich jedoch zu dieser Angelegenheit nicht reden. Der angeführte Sprecher war vielmehr Kollege Schumann aus Chemnitz.

-t. Darmstadt. Auf der Tagesordnung der am 20. Juni abgehaltenen Versammlung des hiesigen Bezirksvereins stand u. a.: Stellungnahme der Mitglieder zu den Streitigkeiten des Corr.-Redakteurs contra Zentralvorstand und Gehilfenvertreter. Nach eingehender, recht lebhafter Debatte und Ablehnung (24 gegen 12 Stimmen) der folgenden Resolution Dingelbein: „Die am 20. Juni in Darmstadt abgehaltene Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Tarifverhandlungen insoweit einverstanden, als es sich um Verhinderung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung handelt, kann sich aber mit der Abmachung in betreff der fünfjährigen Dauer des Tarifs und der langen Kündigungsfrist, ebenso mit dem Tarifsamte nicht zufrieden geben, da sie einen Hemmschuh der Kollegenchaft in derselben erblickt. Ferner beauftragt sie

ihre Delegierten zur Generalversammlung, dahin zu wirken, daß eine friedliche Einigung zwischen dem Zentralvorstand und dem Redakteur des Corr. erzielt wird.“ wurde der Antrag Erting: „Daß wir uns mit der heute vor acht Tagen (in der allgemeinen Versammlung) gefaßten Resolution zufrieden erklären und der Zukunft ruhig entgegensehen“ — mit Mehrheit angenommen. Samstag (27. Juni) feiern wir im Schützenhof unfer Johannisfest. Die Gesangsabteilung Typographia wird wieder wesentlich zur Verschönerung des Festes beitragen.

Chemnitz. Als Leiter des in Juidau tagenden Gaus tags muß ich konstatieren, daß nach Bericht eines Delegierten der Chemnitzer Konferenz Riedel erklärt hat, ev. die Wahl als Vertreter wieder annehmen zu wollen, auf Vorstellung der Chemnitzer Delegierten aber dann darauf verzichtete. Georg Blankenburg.

Frankfurt a. M. Von der friedlichen Einführung des Tarifs verlaute, daß nur ein kleiner Bruchteil der hiesigen Prinzipale denselben stattgeben wird. Die Festlegung der Arbeitszeit erfolgt meist einseitig durch die Chefs oder deren Handlanger. Die Zeitungen kommen von wegen einer Verhinderung der Arbeitszeit gar nicht in Betracht. Die Bezahlung der Frischausgelernten ist 15 Mk. soll verallgemeinert werden. In der Offizin des Prinzipalvereinsvertreters Nierretzh wird die Stundenentlohnung, Nichtbezahlung der Feiertage sowie Einhaltung des ersten bzw. letzten Wochenlohns auch fernerhin bestehen. Mahlau & Waldschmidt haben die Vereinsmitglieder entlassen. Ueberall Wirtschaft! Früher Vereinsforpshen, die uns beim letzten Streik im Stiche ließen, erheben wieder kühn ihr Haupt und wandeln hochvergnügt an der Seite von Gau- und Bezirksvorstehern! Einer dieser „Kübrmüchtikan“ verleiht sich sogar in letzter Versammlung zu der Aeußerung: „Zentralvorstand und Gauvorsteher hätten den Gschä viel zu milde behandelt, man hätte ihn sofort weggeschmeißen sollen.“ Nauchseine und Zentral-Krankentassenmarder Hand in Hand mit unferen bezahlten Vereinsipigen, ein „töftliches Zukunftsbild! — Um „unferm Ordnungsbreit“ die Arbeit nicht zu erleichtern und Stimmensplitterung vorzubeugen, bitten wir um mögliche Kongruenzierung der Stimmen auf die sichersten Kandidaten.

Frankfurt-Offen. Um einer Stimmensplitterung möglichst aus dem Wege zu gehen, werden alle Kollegen ersucht, dem Vorschlage Warburgs zuzustimmen und nur die Kollegen Ernst Domitje-Frankfurt a. M. und S. Weber-Warburg zu wählen.

S. Gotha. Die diesjährige Bezirksversammlung des Bezirkes Gotha fand am Sonntag dem 21. Juni in Eisenach statt. Vertreten waren die Mitglieder der Orte Mühlhausen, Langenlarsa, Eisenach, Gotha, Ruhla und Salzungen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung vormittags 10 Uhr und hieß die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen, wünschend, daß die Verhandlungen zum Gelingen der guten Sache beitragen möchten. Die reichhaltige Tagesordnung wurde programmgemäß erledigt, namentlich des längeren über das Schmerzenskind, den neuen Tarif, diskutiert. Zu diesem Punkt ergriß auch der auf Einladung seitens des Vorstandes hin ersichene Gauvorsteher Herr Kühn das Wort. In eingehender, klarer Weise schilderte er den Gang der ganzen, bisher gepflogenen Verhandlungen der Tarifkommission, berührte auch kurz den Streitfall Döblin contra Gschä und bedauerte, daß dieser sich in die Gehilfenschaft eintrat. Auf die Thätigkeit der Gauvorsteherkonferenz übergehend, wies er den von einigen Kollegen erhobenen Vorwurf zurück, daß die Verhandlungen damals geheim gehalten wurden und erklärte, daß es sich nur einzig und allein um die Frage gehandelt hätte: „Können wir in einen Streik eintreten oder nicht?“ Diese Frage sei mit 13 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden. Er siehe auf dem Standpunkte der Tarisgemeinschaft und habe nur das Beste der Organisation im Auge. Dem Redner wurde reichlicher Beifall zu teil. Auch über die Aufstellung von Kandidaten wurde lebhaft debattiert. Aus der Mitte der Versammlung ging hierauf folgende Resolution ein: „Die Bezirksversammlung des Bezirkes Gotha spricht hiermit ihr tiefstes Bedauern in Sachen Döblin contra Gschä aus. Sie hält das Vorgehen des letztern als seine Pflicht und Schuldigkeit, den Verband vor Schaden zu bewahren; hätte es aber für vorteilhafter gefunden, wenn derselbe schon kurz nach Festsetzung der betr. Tarif-Paragraffen sein Veto eingelegt und die Mitglieder auf die Gefahren des genannten Tarifs aufmerksam gemacht hätte. Mit aller Entschiedenheit verweist die Versammlung die Berliner Abmachungen, bei deren event. Einführung nur eine Spaltung der Kollegenchaft die unausbleibliche Folge sein würde.“ — Die Resolution wurde abgelehnt. Die äußerst ruhig verlaufene Versammlung wurde hierauf mit einem dreifachen Hoch auf unsre Organisation geschlossen. — Kurz nach Beendigung der Bezirksversammlung wurde ein Ausflug nach der Wartburg unternommen und verbrachten hier die Jünger Gutenbergs einige Stunden in gemüthlicher Weise.

Oagen i. B. Infolge des Berichtes über die Düsseldorf Bezirksversammlung sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt: Der Ausdruck meinerseits, daß ich gegen ein gebundenes Mandat bin, ist dahin zu verstehen, daß den Delegierten in der persönlichen Angelegenheit Döblin contra Gschä kein gebundenes Mandat gegeben werden soll. Selbstverständlich siehe ich auf dem Standpunkte, daß wir auf eine derartige Tarisgemeinschaft niemals eingehen dürfen und können.

S. Schaeffer.

Holgerstadt. Der Gauvorstand überließ die Kandidaten-Vorschläge zur Generalversammlung den einzelnen Bezirken. Während nun z. B. in Dessau der Vorsitzende des Ortsvereins (Vorort) eine Versammlung einberief und diese einen Kandidaten aufstellte, sah unser Bezirksvorsitzender von einer solchen Maßnahme ab. Ohne eine Ortsvereinsversammlung (die ihn, weil er für die Tarifgemeinschaft — wie er sagt „für den Vorstand“ — ist, nicht gewähnt hätte) und ohne den Bezirksvorstand zu befragen schlägt er sich selbst vor und zwar „auf Wunsch mehrerer Kollegen“, wie er dem Gauvorstande schrieb. Letzterer setzte ihn auch trotz dieser Aufstellungsmethode mit auf den Stimmzettel. Was sagen die Kollegen im Bezirke zu dieser Handlungsweise. Wir können übrigens mit noch anderen, ebenso schwerwiegenden Beispielen für die „Unparteilichkeit“ und „Ehrlichkeit“ des Genannten aufwarten! Karl Berg.

Halle a/S. Die am Sonnabend dem 13. und Dienstag dem 16. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlungen beschäftigten sich mit Tarif- und Verbandsangelegenheiten. Die mehrstündige Debatte, in welcher sich die Redner teils für, teils gegen die Tarifgemeinschaft aussprachen, zeitigte folgende Resolution, welche angenommen wurde: „Die am 16., als Fortsetzung der am 13. Juni tagenden Mitgliederversammlung Halle erachtet die durch den Corr.-Redakteur Gash hervorgerufenen Wirren im Verbands für entschieden verwerflich und den Verband schwer schädigend, da dadurch die organisierte Gehilfenschaft in zwei Lager gespalten wird, in einer Zeit, wo alle zusammenziehen sollten. Aber auch dem Zentralvorstande muß mißbilligend angedeutet werden, daß derselbe bei den gespaltenen Tarifverhandlungen den Verband nicht als gleichberechtigten Faktor neben die Prinzipalität gesetzt und diesen Standpunkt nicht energisch genug vertreten hat. Die heutige Versammlung erwartet nun, daß bis zur Generalversammlung in unserm Gewerkschaftsorgane die fortwährenden Reibereien unterbleiben, da dadurch der Verband zum Gespötte der Gegner gemacht wird, die aus der Uneinigkeit der Gehilfen nur Kapital schlagen.“

Hannover. (Berichtigung.) Die in Nr. 69 des Corr. unter Verbandsnachrichten setzgedruckte Notiz betr. „Umstimmung der Kollegenliste“ gibt Anlaß zu nachstehender Richtigstellung: 1. Die hier am 11. Juni stattgefundene Bezirksvorsitzer-Konferenz ist nicht, wie behauptet wird, auf Intentionen der Gauvorsitzer-Konferenz einberufen, sondern war vom Gauvorsitzer bereits in der Sitzung vom 12. Mai d. J. beschlossen, und zwar nicht aus dem Grunde, die „Kollegenliste umzustimmen“, sondern weil einzelne Bezirke verlangten, Klapprott möge dortselbst Bericht erstatten. Da diesen Wünschen zur Zeit nicht überall nachgegeben werden konnte, beschloß man die Abhaltung obiger Konferenz. 2. Kann von einer „Abklärung“ des Herrn Gash doch keine Rede sein, da nur der Bericht des Gauvorsitzers über die Sachlage gegeben und die Berichte aus den Bezirken entgegengenommen wurden. 3. Es ist vollständig aus der Luft gegriffen, wenn behauptet wird, es sei bei dieser Konferenz Wahlsache getrieben worden. Gerade das Gegenteil ist wahr, denn seitens des Gauvorsitzers ist jeder Stellungnahme entgegengegearbeitet und betont worden, der Generalversammlung die Entscheidung zu überlassen; auch wurde entschieden abgeraten, Delegierte zu nominieren, und als Grund immer in den Vordergrund gedrückt, daß bei der erregten Stimmung dieses hauptsächlich als Wahlsache bezeichnet werden könnte. 4. Wir weisen deshalb entschieden den Vorwurf zurück, mit dieser Konferenz „niederträchtige Maulwurfsarbeit“ verrichtet zu haben und erklären, daß nach unsrer Ansicht die Konferenz im Interesse des Verbandes einberufen und auch notwendig war. Auch ist uns vollständig fremd, daß die hannoverschen Vertrauensmänner den Auftrag erhalten haben sollen, „den Mitgliedern und deren Beschlüssen in den Rücken zu fallen“. Wichtig ist nur, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob man es nicht vielleicht versuchen solle, die materiellen Vorteile von den Prinzipalen zu erhalten, resp. wenn solche angeboten würden, ob solche angenommen werden sollen oder nicht. — Die aus den Uebermittlungen gezogenen Schlüsse beruhen also auf falscher Information. Die Vertrauensmänner waren gar nicht in der Lage, darüber zu beschließen, ob sie gewillt waren, „den Mitgliedern und ihren Beschlüssen in den Rücken zu fallen“, da, wie ausgeführt, ein solches Ansinnen vom Gauvorstand ablehnend behandelt worden ist. C. Teichmann, W. Rosenbruch, Schriftführer im Gauvorstand.

Kiel. In dem Bericht über den schleswig-holsteinischen Gantag in Nr. 68 Seite 7 des Corr. ist zu berichten, daß die Firma Schmidt & Klanning in Kiel 8 Lehrlinge neben 12 Gehilfen, nicht wie dort angegeben 12 Lehrlinge neben 7 Gehilfen beschäftigt.

Köthen. In unsrer letzten, ordentlichen Mitgliederversammlung, welche gut besucht war, nahmen wir Stellung zur Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung. Zu Punkt 1 wurde einstimmig beantragt, die Delegierten des Saalgaues zu beauftragen, gegen die Berliner Abmachungen zu stimmen. Ferner wurde der Antrag der Mitgliedschaft Marburg einstimmig angenommen, und auch hier dem Saalgau-Delegierten ein gebundenes Mandat gegeben. Zu den anderen Punkten wurde den Delegierten freie Hand gelassen und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie nach bestem Willen und Können handeln.

n. Pörrach i. B., 23. Juni. In der am letzten Sonntage hier abgehaltenen Mitgliederversammlung, die vollständig besucht war, befaßte man sich auch mit den jüngsten Vorgängen betreffs der Tarifrevision und wurde nach eingehender Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die hiesige Mitgliedschaft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erklärt erlieh, daß sie mit den Leipziger Abmachungen, soweit sie eine wenn auch kleine Besserstellung der Kollegen bilden, im Hinblick darauf, daß die Tarifseinsparung verallgemeinert werden soll, einverstanden ist; zweitens, daß sie die abgehaltene Gauvorsitzerkonferenz aus Sparamkeitssichtigen für überflüssig hält; der Beschluß wegen Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung hätte auch auf schriftlichem Weg erfolgen können; drittens, daß sie die gegenwärtige Schreibweise Gash nur insoweit billigt, als sie sachlich ist; die persönlichen Ausfälle usw. jedoch als das Verbandsinteresse schädigend erachtet werden. Ferner wünscht die Versammlung, daß zu der Generalversammlung nur solche Kollegen gewählt werden möchten, die die Gewähr bieten, daß die Streitfragen objektiv untersucht und eine gerechte Entscheidung herbeigeführt wird; das Amt des Redakteurs des Corr. soll jedoch unter keinen Umständen mit dem des Zentralvorstandes vereinigt werden im Interesse der Unabhängigkeit des Corr.“

b. Lüneburg. Die am 19. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung zeitigte die Annahme nachstehender Resolution: „Die Versammlung des Ortsvereins Lüneburg erklärt sich gegen jede Festlegung einer Tarifgemeinschaft und spricht dem Kollegen Gash für sein mannhafte Auftreten ihren Dank aus. Ferner ersucht die Versammlung die Mitglieder, nur solchen Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung ihre Stimme zu geben, die sich gegen jede Tarifgemeinschaft erklären.“ — Zu der demnächst stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung wolle beschließen, die Beschlüsse der Vertreter der deutschen Buchdruckergehilfen mit den Vertretern des D. B. V. einer Urabstimmung unter den Gehilfen zu unterwerfen.“

f. Neumünster (Holftein). Am 21. Juni wurde hier selbst eine allgemeine Buchdruckerversammlung abgehalten, zu welcher 18 Kollegen erschienen waren, darunter aus Cuxin 2, Zjecho 1, Einshorn 1 und Wlön 1. — Kollege Schwand-Flensburg referierte über die letzte Gauvorsitzerkonferenz in längerem, von häufigen Beifalls- und Beifallstößen unterbrochenem Vortrage. Im Laufe der Debatte wurden drei Resolutionen eingebracht, von denen die folgende als die weitgehendste mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen wurde: „Die am 21. Juni 1896 in Neumünster tagende allgemeine Buchdruckerversammlung stellt auf dem Standpunkte, daß eine Tarifgemeinschaft für die deutsche Gehilfenschaft hauptsächlich für diejenige der Provinz, von Vorteil ist, da andernfalls durch den unausbleiblichen stetigen Kampf mit der Prinzipalität auf die Dauer unsere Organisation geschädigt würde. — Ferner erklärt sich die Versammlung in der schärfsten Weise gegen den Redakteur des Corr., da derselbe durch seine unqualifizierbaren Angriffe gegen den Zentralvorstand und die Gehilfenvertreter eine Verpöterung der Gehilfenschaft herbeigeführt hat, was umso mehr zu verwerfen ist, als Herr Gash von Anfang bis zu Ende an dem Zustandekommen der Tarifgemeinschaft mitgewirkt hat.“ (Schwibel!) Die Versammlung wurde mit einem brausenden Hoop auf den Verband geschlossen.

c. Nürnberg, 24. Juni. Wie „gehetme Wähl“ hier verstanden wird, davon nachstehend ein Beispiel. In einer Druckerlei, wo zur Zeit vierzehn Mitglieder stehen, wurde die Wahl folgendermaßen vorgenommen: Die Stimmzettel wurden vormittags ausgeteilt mit dem Bemerkten, daß selbige nachmittags ausgefüllt sein müßten, obwohl diese erst am nächsten Tag an den Vorstand abgeliefert wurden. Durch einen Verhör wurden die Stimmzettel eingekammelt und ein Kollege hatte nun nichts Eiligeres zu thun als nachzugehen, wie und wer gewählt wurde. Der betreffende Druckerlei-Vertrauensmann hatte nämlich vergessen, das Couvert, das zur Aufnahme der Stimmzettel bestimmt ist, mitzubringen und legte letztere lose auf das Fensterbrett, allwo sie jedem zugänglich waren. Auf Vorhalt von einigen Kollegen erklärte der betreffende Vertrauensmann wie auch der Beschäftigte der Stimmzettel, daß sei in Nürnberg allgemein üblich; zudem wären unsere Stimmzettel, der des Schreibers dieses und noch eines Kollegen, ungenügend, weil wir weniger als sechs Kandidaten gewählt hätten. Nach Meinung dieser Kollegen müßte man also auch Kandidaten wählen, die einem nicht genehm sind.

y. Stuttgart, im Juni. Wer im Jahr 1892 nach Beendigung des Ausstandes, als sich die hiesige Kollegenliste wie ein Mann gegen eine nochmalige Tarifgemeinschaft aussprach und gerade von den heutigen Befürwortern derselben in jenen demwürdigen Versammlungen schärfstens betont wurde, daß an ein friedliches Zusammengehen zwischen Kapital und Arbeit nie und nimmer gedacht werden könne, geglaubt hatte, die sämtlichen Stuttgarter Buchdrucker seien in dieser Frage heute auf demselben Standpunkte wie damals, den haben die letzten Versammlungen der Mitgliedschaft ein Licht aufgedeckt: ein Teil der Mitglieder hat eben nichts gelernt und alles vergessen! Sie glauben eben immer noch an eine Harmonie der doch Tag für Tag stets schroffer werdenden Gegensätze. Und weil die Stutt-

garter Prinzipale ihr Versprechen hielten und mit Anfang Mai den neuen Tarif einführten, so ist für die Optimisten klipp und klar, daß wir auf friedlichem Wege mehr erreichen als wenn wir uns stets in kampfbereiter Stellung befinden und gegebenenfalls unsere Forderungen auf etwas andern als friedlichem Wege durchsetzen. Gegen diesen letzten Satz führten nun eine Anzahl Redner aus, man denke wohl gar nicht mehr an die Opfer von 1892. Es ist niemals schon in der Weltgeschichte einen Krieg ohne Opfer gegeben? Die meisten Opfer muß wohl immer sogar der Sieger bringen — dies ist auch im wirtschaftlichen Kampfe nicht anders. Und haben wir denn in Friedenszeiten nicht der Opfer schon genug, die unsere Gegner immer zu vermehren trachten, um durch sie die Gehilfenschaft im Zaume zu halten? Hätten wir doch im Jahr 1895 an vielen Orten Gelegenheit zu hören, wie unsere Kollegen den alten Tarif verteidigen mußten durch Einföhrung ihrer Existenz. Glaubt man wirklich, daß es bei der jetzigen Tarifgemeinschaft anders werden würde? Nein! Die Gehilfen werden stets die Kosten bezahlen, weil die Prinzipale vom Deutschen Buchdrucker-Verein ihre Kollegen nicht dazu zwingen können und wollen, den Tarif einzuhalten. Erwähnenswert aus der letzten Versammlung vom 20. Juni ist die längere Ausführung eines früheren Gehilfenvertreters aus Breslau (erst genommen wurden seine Lokuholeien keineswegs, wie er wohl gemerkt hat), daß nur der Gauvorstand alles zum besten gelenkt; die Stärkung der Mitgliedszahl wäre sein Werk, die Tarifseinsparungen in der Provinz hätten wir nur ihm allein zu verdanken usw. Man merkte es dem Redner an, daß er die Versammlungen seit Jahr und Tag nicht besucht hat, denn solcher Hymnus wurde noch nie in Stuttgart auf Verbandsbeamte intoniert. Diese letztern mögen selbst hiervon etwas angewidert worden sein.

Zittau. Die hiesige Mitgliedschaft war wirklich sehr erlautet darüber, wie man in Königsberg so selbständig handeln und Kandidaten aufstellen konnte, ohne auch nur mit einem Worte der Provinz zu gedenken. Sind die Mitglieder denn nur als „Stimmvieh“ zu betrachten? Die Provinzkollegen, die hauptsächlich durch die Tarifabmachungen die Geschädigten sind, bilden im Gau Ostpreußen die Mehrheit. Es wäre daher wohl am Platze gewesen, wenn man einen Kollegen aus der Provinz als Kandidaten aufgestellt hätte. Warum erlittete der Gauvorsitzer nicht wenigstens einen Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz? Dann hätten wir Gelegenheit gehabt, ihm unsere Ansichten zu unterbreiten event. wären wir uns auch einig geworden über die Kandidaten. Kollegen des Gaues Ostpreußen! Ihr wißt genau, wo euch der Schuh drückt, gebt eure Stimme den von uns aufgestellten Kandidaten, den Kollegen M. Rentewig-Zittau oder C. Bretzner-Zittau. Dieselben sind entschiedene Gegner der Tarifgemeinschaft und vertreten die Interessen der Kollegen voll und ganz. Auch sind dieselben für ein gütliches Ueberentkommen zwischen dem Redakteur Gash und dem Zentralvorstande, jedoch ohne Bescheidung der Schreibweise des Corr. Wir sind auch der Ansicht, daß der Redakteur, wie bereits ein Kollege betonte, nicht zum „Tinten-Kuli“ herabsinkt. Mitgliedschaft Zittau.

r. Zittau. Das von den Kandidaten der „Ordnungspartei“ unterzeichnete Wahlflugblatt, das vermutlich Herr Steinbrück zum Verfasser hat, entriest sich darüber, daß die Gegner der Tarifgemeinschaft in Meissen und Zittau behufs Aufstellung geeigneter Kandidaten mit Dresdener Kollegen („Nebenvorstand“) ist ein phantastischer Ausdruck des Herrn Steinbrück Fähsung genommen haben. Nun, das Recht, über die zur Generalversammlung zu entsendenden Delegierten einige Tage vor der Wahl in Versammlungen Stellung zu nehmen und bestimmte Kandidaten, von denen eine gewissenhafte Vertretung der uns so mächtig bewegenden Fragen zu erwarten, vorzuschlagen, kann uns niemand verkümmern. Die Zumutung, die offizielle Kandidatenliste abzuwarten, die am 23. d. M. in unsere Hände gelangte und uns dann innerhalb zweier Tage über die geeigneten Männer schlüssig zu werden, um eine Verpöterung zu vermeiden, ist mindestens natv und entspricht so ganz der Auffassung der Verbands Spitze, daß der dumme Kerl vom Band überhaupt nichts zu denken hat. Die Entriistung ist doch nur der schlecht verheißte Ausdruck des Unwillens über den Mißerfolg, den Herr Steinbrück mit seinem Begleiter, Herrn Schenk, mit seiner Mission, hier eine günstigere Stimmung in der Tarifrage herbeizuführen, in der letzten Versammlung, dank unsers „vergiffenen Vereinslebens“, erlebte. Ganz ohne Einbruch scheint der zum Ausdruck gebrachte energische Protest gegen das von Herrn Steinbrück vertretene System doch nicht geblieben zu sein, wie das in zwölfter Stunde vor der Wahl von den Ordnungskandidaten abgegebene Versprechen beweist, auf der Generalversammlung für eine dreis- und nicht fünfjährige Gültigkeitsdauer des Tarifs ohne vorherige Kündigung eintreten zu wollen. In der Versammlung hat Herr Steinbrück von diesem „Entgegenkommen“ nicht eine Silbe erwähnt. Ober war diese kleine Konfession an die Gegner der Tarifgemeinschaft vielleicht Sand in die Augen und auf Stimmensang berechnet?

London, 23. Juni. Die Sache fängt hier an ernst zu werden und alle Ausichten auf Kampf am 1. Juli sind vorhanden. Mit 6000 Stimmen Mehrheit entschieden die Mitglieder der Londoner Gepergesellschaft am Samstag per Urabstimmung, daß der von uns ausgearbeitete

